

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 53 (1974)
Heft: 6

Artikel: Sozialdemokratische Gemeindepolitik: grundsätzlich, aktiv, zukunftsweisend
Autor: Lienhard, Richard
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-338850>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 23.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Kommunalpolitisches Forum

Sozialdemokratische Gemeindepolitik: grundsätzlich, aktiv, zukunftsweisend

In der letzten Nummer von «Profil» wurde auf die Zweckmässigkeit eines kommunalpolitischen Forums in unserer Zeitschrift hingewiesen. Am Beispiel des Stadtkreises Zürich 12 wurde aufgezeigt, wie vor den Wahlen grundsätzlich zu kommunalpolitischen Problemen Stellung genommen wurde. Auch zum nachfolgenden Beitrag sei gesagt: Was mit Bezug auf Zürich und insbesondere den Kreis 12 geschrieben wurde, dies dürfte in grundsätzlicher Hinsicht auch für andere Städte gelten. Wenn diese Zeilen Kommunalpolitikern aus andern Regionen als Anregung dienen können, so ist der Zweck dieses Beitrags erreicht.

Gemeindepolitik ist jener Teil der Politik, der am unmittelbarsten in das Leben des einzelnen eingreift, seine Umgebung nachhaltig beeinflusst und so sein Wohlbefinden mitbestimmt; deshalb bemühen sich alle Parteien in mehr oder weniger edlem Wettstreit, vor den Wahlen im günstigsten Licht zu erscheinen. Wer sich aber die Mühe nimmt, den gratis und franko ins Haus gelieferten Wahlprospekten etwas näher auf den Grund zu gehen, wird oft genug erhebliche Widersprüche zwischen Wahlversprechen und tatsächlicher Praxis feststellen. Beispiel: Die Freisinnige Partei tritt zurzeit in fast allen Kreisen – auch in Schwamendingen – lautstark für die Schaffung von Wohnzonen oder Wohnschutzzonen auf. Beides aber bedingt starke Nutzungsbeschränkungen und damit erhebliche Eingriffe in die Privilegien der Grundeigentümer. Will das die Freisinnige Partei wirklich? Wenn dem so wäre, so hätte sie ja Gelegenheit gehabt, schon anlässlich der letzten Bauordnungsrevision im Jahre 1967 für soziale Nutzungsbeschränkungen einzutreten; aber damals stand die sozialdemokratische Gemeinderatsfraktion allein auf weiter Flur. Und auch heute muss die SP bei der Beratung des kantonalen Baugesetzes sowohl dem Freisinn wie auch der SVP und dem Landesring jedes Zugeständnis seitens des Grundbesitzes (das heisst der heiligen Kuh unserer Rechtsordnung) regelrecht abringen. Darum sagen wir es vor den Wahlen mit aller Deutlichkeit:

Keine Stadterneuerung ohne neue Bodenordnung

Ein hochwichtiges Geschäft hat der Stadtrat soeben dem Gemeinderat unterbreitet. Ich meine die Revision der Bauordnung, die wenigstens zum Teil verwirklichen will, was die sozialdemokratische Fraktion schon vor Jahren mit einer Motion gefordert hat: Schaffung von Wohnzonen, mit welcher der Entwicklung zur Bürostadt Einhalt geboten werden soll. Es wird sich zeigen, wie aufgeschlossen sich dann jene Kreise zeigen, die nun so plötzlich ihr Herz für die Wohnschutzzonen entdeckt haben. Dass im Gemeinderat mit Bezug auf die soziale Nutzung des Bodens im Raume Schwamendingen noch seltsame Vorstellungen herrschen, zeigt die Motion

Wolfermann, die unlängst namens des Landesrings im Gemeinderat eingebracht worden ist. Damit wurde verlangt, dass der Boden in Schwamendingen noch besser für den Wohnungsbau genutzt werde und zwar auf Kosten der bestehenden genossenschaftlichen Wohnbauten. Einem solchen Versuch müsste in Schwamendingen härteste Opposition angesagt werden. Die Verwirklichung dieser Landesringmotion würde die Umweltsbedingungen in Schwamendingen erheblich verschlechtern, zumal dort die Luftverschmutzung die Grenze des Erträglichen erreicht hat; aber auch die Mieter des privaten Wohnungsbaues haben von dieser Motion nichts zu erwarten. Im Gegenteil: Jede Aufzoning bringt bekanntlich eine starke Steigerung des Mietzinsniveaus. Daran sind wohl die Grundeigentümer, nicht aber die Mieter interessiert.

Das öffentliche Verkehrsmittel attraktiver gestalten

Diese Forderung ist eigentlich längst zur Binsenwahrheit geworden. Aber eben: Auch hier zeigen sich immer erneut Widersprüche zwischen Theorie und Praxis. Bei der kürzlichen gemeinderätlichen Debatte über den Projektierungskredit für eine Strassenbahn nach Schwamendingen meldeten verschiedene Vertreter des Freisinns ihre Opposition an. Und dies, weil aus steuerpolitischen Gründen die Bereitschaft fehlt, dem öffentlichen Verkehr die nötigen Mittel zur Verfügung zu stellen.

Wir Sozialdemokraten lassen uns von der Auffassung nicht abbringen, dass mit Bezug auf die Verkehrsbetriebe der Ausdruck «Defizit» politisch anfechtbar ist. Oder spricht man etwa bei weitem Gemeinschaftsleistungen wie «öffentlicher Beleuchtung», «Strassenbau» usw. auch von Defiziten? Der öffentliche Verkehr ist ebenfalls eine solche Gemeinschaftsleistung, die deshalb von der öffentlichen Hand unterstützt werden muss. Darum haben wir es nie verstanden, dass zum Beispiel der Landesring im Gemeinderat allein mit Rücksicht auf das Defizit der VBZ so hartnäckig gegen die Anschaffung von umweltfreundlichen Trolleybussen, unter anderem für die Linie 62, gekämpft hat.

Wenn wir so für die Förderung des öffentlichen Verkehrsmittels eintreten, so heisst das nicht, dass wir – einer Mode folgend – das Auto einfach grundsätzlich verdammen. Solange sich nur wenige ein Automobil leisten konnten, gab es noch keine Verkehrsprobleme. Heute aber, da das Auto auch für den Durchschnittsbürger erschwinglich ist, soll man es grundsätzlich ablehnen? Wir sind lediglich der Meinung, der öffentliche Verkehr sollte so attraktiv gemacht werden, dass der Anreiz zur Benützung des eigenen Autos für die Fahrt zur Arbeit wegfällt. Unter Attraktivität verstehen wir: Bequemlichkeit, Schnelligkeit und Zuverlässigkeit.

Die Betagten nicht im Stich lassen

Alt werden, alt sein, das betrifft jeden Menschen früher oder später. Wie es ihm dabei ergeht und wie ihm geholfen wird, hängt weitgehend von

Gemeinschaftsleistungen ab. Die meisten ältern Menschen möchten gerne dort bleiben, wo sie jahrzehntlang gewohnt und gearbeitet haben. Diese Möglichkeit wird immer mehr erschwert: durch Verteuerung der Mieten, während das Spargeld durch die zunehmende Inflation zusehends schwindet; deshalb ist es Aufgabe der Gemeinschaft, hier einzugreifen und zwar nicht im Sinne einer blossen Verpflichtung, sondern aus Dankespflicht. Die Schaffung von Alterswohnungen und Alterswohnheimen muss daher noch grosszügiger gefördert werden, als dies bis heute der Fall war. Nur so ist es möglich, dass unsere Betagten nicht isoliert werden, sondern weiterhin lebendigen Anteil am Gemeinschaftsleben nehmen können. Da hört man etwa im Gemeinderat den Einwand, die prekäre Situation des städtischen Finanzhaushalts setze solchen sozialen Bestrebungen Grenzen. Diese Argumentation vermag nicht zu überzeugen, solange die gleiche Stadt Zürich jährlich Millionen von Entschädigungssummen für Grundeigentümer der Freihaltezone ausbezahlen vermag.

Die Stadt als Schicksal

Wenn einzelne Stadtratskandidaten Führungen durch die Altstadt unternehmen, so mag das für die Beteiligten ganz interessant sein. Von den Zeugen der Vergangenheit können wir aber nicht leben. Ein neues Blatt der Stadtentwicklung ist aufgeschlagen. Gewiss hat private Initiative auch in unserer Stadt vieles geschaffen. Aber heute werden wir immer mehr mit Aufgaben konfrontiert, die der einzelne mit noch so grosser Tatkraft nicht mehr lösen kann. Man denke etwa an die Bekämpfung der Luftverschmutzung, an die Überwindung der Energiekrise usw. Noch nie war die Abhängigkeit des einzelnen von der Gemeinschaft grösser als heute; deshalb liegt das Schicksal der Menschen weniger im Weltraum als vielmehr in gesunden Städten.

Dr. Richard Lienhard

Bodeneigentum hat, anders als die meisten anderen Sachgüter und vor allem auch viele Produktionsmittel, je nach seiner Lage in einem ökologischen Gesamtsystem die Tendenz, Monopolcharakter anzunehmen. Der Eigentümer von Boden kann gegenüber der öffentlichen Hand, die für das Gemeinwohl plant, sehr oft Monopolgewinne erzielen. Das heisst aber: Das Konkurrenzprinzip, das alle Anbieter zu angemessenen Preisvorschlägen zwingt, versagt. Die Marktwirtschaft funktioniert nicht.

Hans Paul Bahrdt in «Die Misere unserer Städte»
